



## SDA-Bulletin

### **Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 4. September 2023**

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren) ist als neues Ratsmitglied in den Kantonsrat eingetreten (KR-Nr. 280/2023). Die 46-jährige Primarlehrerin und Historikerin ersetzt Manuel Kampus.

Der Kantonsrat hat die zwölf Mitglieder der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) gewählt, die das Datenleck bei der Direktion der Justiz und des Innern untersuchen sollen ([KR-Nr. 274/2023](#)). Als Präsident wurde auf Vorschlag der Interfraktionellen Konferenz (IFK) Benno Scherrer (GLP, Uster) gewählt.

Der Kantonsrat hat verschiedene Änderungen am Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess in erster Lesung beraten und ohne Gegenantrag gutgeheissen ([5891](#)). Damit wird das kantonale Gesetz an die geänderte eidgenössische Strafprozessordnung angepasst, die Anfang 2024 in Kraft treten soll. Die Anpassungen im kantonalen Recht betreffen vor allem Zuständigkeiten bei Einziehung von Vermögenswerten bei Einstellungsverfügungen, Entsigelungen und Rechtshilfe. Die zweite Lesung findet voraussichtlich in ein paar Wochen statt.

Richterinnen und Richter sollen künftig im Monat, in dem sie das 68. Altersjahr vollenden, aus ihrem Amt ausscheiden. Der Kantonsrat hat sich in erster Lesung für eine entsprechende Gesetzesänderung ausgesprochen ([KR-Nr. 421/2020](#)). Die bisherige Praxis des Kantonsrates, Mitglieder der obersten Gerichte ab einem gewissen Alter nicht mehr zur Wahl vorzuschlagen, war vom Bundesgericht aufgrund einer fehlenden Grundlage in der Verfassung gerügt worden. Neben der Altersbeschränkung sprach sich der Rat auch für eine Abschaffung des Laienrichtertums auf Ebene der obersten kantonalen Gerichte aus. Eine Ausnahmeregelung betreffend die Wohnsitzpflicht im Kanton für Handelsrichterinnen und -richter wurde abgelehnt. Die zweite Lesung findet voraussichtlich in ein paar Wochen statt.

Der Kantonsrat hat ein Postulat der FDP ohne Gegenantrag als erledigt abgeschrieben, mit dem der Regierungsrat eingeladen worden war, einen Bericht zur finanziellen Situation der Familienhaushalte zu erstellen ([5726](#)).

Der Kantonsrat hat den Betriebsbeitrag für die Jahre 2024 bis 2027 an die Theater Winterthur AG von höchstens 4 Millionen Franken genehmigt ([5886](#)).

Der Kantonsrat hat den Betriebsbeitrag für die Jahre 2024 bis 2027 an den Kunstverein Winterthur von höchstens 4,8 Millionen Franken genehmigt ([5885](#)).

Der Kantonsrat hat eine Antwort des Regierungsrates auf eine Interpellation von SVP und EDU zur Kenntnis genommen, mit der er gefragt worden war, weshalb 55 Prozent der kriminellen Ausländer in Zürich nicht ausgeschafft werden ([KR-Nr. 342/2020](#)). Mit der Diskussion über die Antwort der Regierung ist das Geschäft erledigt.

Der Kantonsrat hat mit 117 zu 48 Stimmen ein Postulat von SP, GLP, Grünen, Mitte und AL zur Gleichstellung von LGBTI-Menschen und Massnahmen gegen Hasskommunikation an den Regierungsrat überwiesen. Der Regierungsrat hat nun zwei Jahre Zeit zur Ausarbeitung eines Berichts ([KR-Nr. 377/2020](#)).

*(sda/nic.)*